

Pressemitteilung

www.ifi-hamburg.de

Politische Selbstverpflichtung in einen verbindlichen Beschluss des Bezirks umgesetzt

Hamburg, den 28.03.2018

- **Die Bürgerinitiative „Hummelsbüttel für gute Integration“ regelt mit dem Bezirk die Umsetzung der politischen Selbstverpflichtung in einem Beschluss der Bezirksversammlung.**
- **Absicherung dieser Umsetzung wird im Fortschrittsbericht des Senats zum „Konsens mit der Volksinitiative Hamburg für gute Integration“ (Konsens HGI) aufgenommen.**
- **Reduzierung auf 300 Flüchtlinge bereits im ersten Schritt!**
- **Durchmischung im Quartier vereinbart und abgesichert.**
- **Keine weitere Belastung für das Quartier in Hummelbüttel.**
- **SAGA stellt zusätzlich 50 Wohnungen für vordringlich wohnungsuchende Haushalte (Flüchtlinge) in ihren Wohnungsbeständen in ganz Hamburg zur Verfügung, Rehagen ist dabei ausgenommen.**

Nach langen und schwierigen Verhandlungen mit Vertretern der Regierungsparteien von SPD und Grünen, dem Bezirk Wandsbek und der SAGA ist es der Bürgerinitiative „Hummelsbüttel für gute Integration“ gelungen die politische Selbstverpflichtung in einen Bezirksversammlungsbeschluss zu überführen. Die Basis dafür war der bereits abgeschlossene örV in Poppenbüttel. Durch den Beschluss der Bezirksversammlung vom 22.03.2018 ist ebenfalls eine verbindliche Form der Umsetzung gefunden worden. Um dieser Vereinbarung auch über die Legislaturperiode hinaus eine „höhere Verbindlichkeit“ zu geben, wird dieser Beschluss zusätzlich noch im jährlichen Fortschrittsbericht des Senats zur Drucksache 21/5231 (Konsens mit der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“) genannt werden.

Hier die wichtigsten Punkte aus dem Beschluss in Kürze:

1. Für die demnächst fertig gestellten 182 Wohnungen des 1. Bauabschnitts, die g. §246, Abs.14 BauGB nur für die Unterbringung von Flüchtlingen verwendet werden dürfen, soll im Zuge der Baugenehmigung für den 2. Bauabschnitt eine Umnutzungsgenehmigung erlassen werden, die es dann ermöglicht auch im südlichen Teil des 1. Bauabschnitts zum Erstbezug schon „Nicht-Geflüchtete“ mit § 5-Schein unterbringen zu können.

Für den Teil der öffentlich-rechtlichen Unterkunft hat sich die Fachbehörde und der Zentrale Koordinierungsstab Flüchtlinge (ZKF) bereit erklärt, den in dem Konsens mit der Volksinitiative **für Ende 2019 zugesagten Reduzierungsschritt auf 300 Plätze bereits anderthalb Jahre früher zum Erstbezug durchzuführen.**

Da derzeit noch nicht absehbar ist, ob die Umnutzungsgenehmigung zum Bezugszeitpunkt des nördlichen Teils des 1. Bauabschnitts bereits vorliegen wird, soll es f&w ermöglicht werden (um Leerstand zu vermeiden) temporär bis zu 360 Geflüchtete unterzubringen. Dieser Puffer soll nur unter der Bedingung genutzt werden, dass vorrangig weitere Familien (zusätzlich zu den sowieso schon mind. zugesagten 60% Familien) dort untergebracht werden. Dies würde bei voller Ausschöpfung des Puffers zu einem Familienanteil von mindestens 2/3 oder 240 Personen, die in Familien in den 91 Wohnungen der örU leben, führen. Sobald die Umnutzungsgenehmigung für den 1. Bauabschnitt vorliegt, soll schnellstmöglich Schritt für Schritt eine Belegungsreduzierung in Richtung der für den 31.12.2019 zugesagten 300 Geflüchteten im nördlichen Teil umgesetzt werden.

2. Die SAGA erklärt sich bereit einmalig 50 vordringlich wohnungsuchende Haushalte, die der SAGA von f & w benannt werden, mit Wohnraum in ihren Wohnungsbeständen in ganz Hamburg (**Rehagen ist dabei ausgenommen**) zu versorgen.
3. Im südlichen Teil des 1. Bauabschnitts sollen 91 Sozialwohnungen entstehen, für die sich Menschen, ohne Ansehen von Herkunft und Nationalität bewerben können, die folgende Kriterien erfüllen:
 - a. Sie sind im ersten Arbeitsmarkt beschäftigt oder sind als Selbständige oder Freiberufler tätig.
 - b. Sie befinden sich in einem Ausbildungsverhältnis oder Studium.

Pressemitteilung

www.ifi-hamburg.de

- c. Sie beziehen Renten-, Pensions- oder vergleichbare Einkünfte.
- d. Sie sind auf barriere reduzierten Wohnraum angewiesen.
- e. Sie sind alleinerziehende Mütter oder Väter.
- f. Oder bezogen auf die Gesamtzahl der regulär vermieteten, geförderten Wohnungen im Quartier im Einzelfall Menschen mit individuellen bzw. besonderen Zugangsproblemen zum allgemeinen Wohnungsmarkt.

Die SAGA wird angehalten, diese Wohnungen auch bewusst sogenannten Einkommensüberschreitern zu vermieten. Die im südlichen Teil des 1. Bauabschnitts untergebrachten Menschen sollen von Anfang an dem Ziel einer stabilen Quartiersentwicklung und einer ausgewogenen Siedlungsstruktur dienen und zudem die Integration der Geflüchteten in Hummelsbüttel fördern.

- 4. Die 182 frei finanzierten Wohnungen des 2. Bauabschnitts sollen explizit einen stabilisierenden Beitrag zur Integration und gegen überforderte Nachbarschaften leisten. Im Interesse einer gerechten Vergabe der regulären Wohnungen und zur Sicherstellung eines transparenten Zugangs zu diesen Neubauwohnungen für alle Berechtigten in Hamburg sollen diese Wohnungen durch den Investor/ Vermieter öffentlich auf dem normalen Hamburger Wohnungsmarkt angeboten werden. Die Nettokaltmiete wird 8 Euro pro Quadratmeter betragen.
- 5. Im einzusetzenden Quartiersbeirat werden halbjährlich verschiedenste Kennzahlen von der Behörde zur Verfügung gestellt, mit deren Hilfe überprüft werden kann, ob die gemachten Zusagen (bspw. hinsichtlich des zugesagten Familienanteils etc.) eingehalten werden.

O-Ton Klaus Schomacker (HGI):

„Der Bezirk Wandsbek hat beispielhaft für ganz Hamburg die politische Selbstverpflichtung des Senates umgesetzt. Der Konsens zwischen Senat und der Volksinitiative ist am Ende ein „politischer Vertrag“. Die vorbildliche Umsetzung in Hummelsbüttel stärkt das Vertrauen in eine gute Zusammenarbeit der Bürger mit Ihrer parlamentarischen Vertretung.“

„Hummelsbüttel zeigt, dass Volksinitiativen und Politik eine gemeinsame Basis finden können, wenn sie denn wollen, anders als im Bezirk Hamburg-Nord, wo unser Vertrauen stark gelitten hat. Interessant wird sein, wie sich diese unterschiedliche Herangehensweise in den Wahlergebnissen widerspiegeln wird.“

O-Ton Harald Lübker (HGI):

„Es ist gut für die Integration, dass Hamburg auch in Hummelsbüttel so schnell wie möglich die Obergrenze von 300 anstrebt. Besser wäre es noch, wenn dieses Bestreben auch an den über 30 Standorten feststellbar wäre, die aktuell noch deutlich mehr als 300 Flüchtlinge haben. 3 x 300 war schließlich die wesentliche Kompromissformel. Dabei darf man Ballung von Flüchtlingen in Quartieren nicht aus den Augen verlieren.“

www.gute-integration.de

Ansprechpartner für die Medien:

Klaus Schomacker

Tel.: 01578 / 3 28 55 55 / klaus.schomacker@t-online.de



Pressemitteilung

www.ifi-hamburg.de

Hintergrund:

Im Sommer 2016 gaben 8.000 Hummelsbüttler ihre Stimme zur Volksinitiative 'Hamburg für gute Integration' für eine kleinteiligere Verteilung von Geflüchteten über das gesamte Hamburger Stadtgebiet. Eine Bauverhinderung wie es der in Naturaspekten eingebundene "Verein zum Erhalt der Hummelsbüttler Feldmark" forderte, ließ sich nicht durchsetzen, trotz Landschaftsschutzgebiet. Aus der starken Zustimmung zur Volksinitiative in der hummelsbüttler Bevölkerung resultierte dennoch eine politische Selbstverpflichtung des Senates für die Hummelsbüttler, u.a. mit generellen Zusagen zu Integrationsbedingungen, Infrastruktur, Schule und Kita, die in den Gesamtkonsens sowie Drucksache 21/5231 einfluss.

Nun steht der erste Bauabschnitt vom "Butterbauernstieg" kurz vor Fertigstellung und es bedurfte Klärung und Fixierung bzgl. der sozialen Aspekte (Durchmischung, Größe der Belegung, Struktur der Bewohnerschaft) zur Schaffung möglichst optimaler Integrationsbedingungen bei Vorgaben von Koalitionen und Behörden. Einen öffentlich-rechtlichen Vertrag (örV) zur Umsetzung der politischen Selbstverpflichtung für das Projekt „Unterbringung mit der Perspektive Wohnen“ am Rehagen hat die Politik ausgeschlossen. Die Bürgerinitiative zum Erhalt der Hummelsbüttler Feldmark, die Hummelsbüttler in den Verhandlungen zum Volksentscheid „Hamburg für gute Integration“ vertreten hatte, hatte den Bürgervertrag nicht unterschrieben.

Ursprünglich hatte die Stadt geplant zum Erstbezug 600 Geflüchtete am Rehagen unterbringen.